Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald · Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags | Telephon Nr. 41

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsverkehr 2.15 Mk., in Württemberg 2.22 Mk. vierteljährlich, hiezu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg., von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Petitzeile. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 40 | Samstag, den 15. Februar 1919 | 86. Jahrgang.

Hinaus aufs Land!

Der bayerische Major Franz Frhr. v. Gagern erläßt einen Aufruf an die bisherigen Offiziere, in dem u. a. gesagt ist:

Kameraden! Wie stehen wir heute? Mit der Demobilmachung der Feldtruppen ist das bayerische Heer zu Grabe getragen worden. Die Friedenstruppenteile sind kein Heer mehr. Die Manneszucht ist geschwunden, der Dienst hat aufgehört, der Soldat wird in der Kaserne statt erzogen und ertüchtigt verdorben und arbeitsscheu.

Was hat unter solchen Zuständen und Aussichten ein ehrliebender Offizier noch im Heer zu suchen? Zaudert nicht, Kameraden, einen neuen Beruf zu ergreifen! Unser Volk wird ein Volk von Armen sein; jedermann wird ums tägliche Brot arbeiten und froh sein müssen, wenn er vom Ertrag seiner Arbeit sich auch wirklich das tägliche Brot verschaffen kann.

Denkt jetzt nicht an gelehrte Berufe, an Studieren! Studium und unbezahlte Vorbereitungszeit dauern lange Jahre und verschlingen Summen, die ihr, die eure Eltern angesichts den wirtschaftlichen Zusammenbruchs unseres Volkes nicht aufbringen können. Haltet eure letzten Mittel zusammen! Denkt an Arbeit und an Verdienen! Stellt euch entschlossen in die Reihen der Armen, damit ihr euch nicht eines Tages in den Reihen der Bettler findet!

Dem Kameraden, der kriegsbeschädigt oder durch Rücksicht auf Frau und Kinder an die Stadt gefesselt ist, sage ich: „Nimm jede ehrliche Arbeit an, die ohne lange Lehrzeit geleistet werden kann." Sein Los ist das schwerste.

Allen Kameraden, die frei sind von Familienfesseln, die jung sind und gesund, rufe ich zu: „Hinaus aus den Städten, hinaus aufs Land! Legt die Hand an den Pflug, ergreift die Axt, die Hacke, das Grabscheit!"

Der Bauernstand ist der älteste, die Bauernarbeit die vornehmste im Land. Stellt eure Arme, stellt euer Herz in den Dienst der Landwirtschaft, die schwer unter Arbeitermangel leidet. Vermehrt nicht das städtische Proletariat, werdet Bauern!

Auch in der Landwirtschaft ist der Anfang schwer, muß der Offizier wie in jedem neuen Beruf mit Selbstverleugnung und ernstem Willen als Rekrut eintreten. Aber hier wird er sich am wohlsten fühlen, sobald der Körper sich erst an die Arbeit gewöhnt hat. Das begreifliche Mißtrauen wird anfänglich zu überwinden sein, ob es euch auch wirklich ernst ist mit eurer Absicht, ob ihr das Geschick und den festen Willen zur Arbeit habt. Aber im bescheidensten Landmann steckt ein guter Teil adeliger Gesinnung; er wird euch anfangs Nachsicht und jederzeit Takt und Verständnis entgegenbringen, und ist erst sein Mißtrauen geschwunden, dann wird er euch mit einer Achtung begegnen, die ihr euch beim städtischen Proletariat niemals erwerben könnt.

Der Bauer war im Krieg der Kern unseres Heeres; vom Bauernstand allein kann jetzt die Gesundung unseres Volkes kommen. Da ihr nicht mehr Führer sein könnt, tretet als Mitarbeiter in diesen Stand ein!

Auf dem Land könnt ihr innerlich freie und unabhängige Männer bleiben. Was auch die wirtschaftliche Zukunft unseres Volks nach dem Zusammenbruch sein mag, der Acker wird immer bebaut werden müssen. Wer Landmann wird, verliert nie die Aussicht, es in jeder Wirtschaftsordnung zu einer unabhängigen, wenn auch bescheidenen Lebensstellung zu bringen. Und wen die Verhältnisse im Vaterland schließlich zur Auswanderung treiben, dem bieten Gewöhnung an Feldarbeit und landwirtschaftliche Kenntnisse die sicherste Gewähr für gutes Weiterkommen.

Mit den landwirtschaftlichen Organisationen bin ich ins Benehmen getreten. Sie sind bereit, Offiziere, die praktisch in die Landwirtschaft übertreten wollen, bei geeigneten Landwirten unterzubringen.

Wirtschaftliche Notlage.

TPC. Die Unterbindung unseres Verkehrswesens als Folge der überaus harten Waffenstillstandsbedingungen werden erst jetzt in vollem Ausmaße fühlbar. Die Transportnot verhindert nicht nur die Ausfuhr der nötigen Kohlen, soweit diese überhaupt in ausreichender Menge gefördert werden, sondern auch die Zufuhr der noch vorhandenen Rohstoffe an die Plätze, wo sie verarbeitet werden können, dazu kommt noch, daß infolge der gesteigerten Produktionskosten der Industrie keine neuen Aufträge erteilt, bzw. bestehende Aufträge zurückgezogen werden. Nicht mehr zu bestehender Kohlen- und Rohstoffmangel und starke Verteuerung und damit Mangel des Absatzes der Fabrikate, verursacht durch die höheren Lohnforderungen, verkürzte Arbeitszeit und verminderte Arbeitsleistung, kennzeichnen das trübe Bild der industriellen Lage. Ueberall aus dem Reiche wird Einstellung der einzelnen Betriebe, zum Teil sogar der ganzen östlichen Industrie berichtet. Vollbeschäftigt sind eigentlich nur die Lokomotiv- und Waggonfabriken, sowie einzelne Zweige der Metallindustrie, welche nach ihrer Umstellung in Friedensarbeit Unteraufträge für jene angenommen haben. Wenn auch die Ablieferung der offenen Wagen an die Entente beendet ist, so hat sich die Gestellungsmöglichkeit doch nicht gebessert, da es an Lokomotiven fehlt, der Reparaturstand der Wagen der gleiche geblieben ist und die Leistungen der Werkstätten und Industrie dauernd unbefriedigend sind. Bezeichnend für die trostlose Lage des Verkehrswesens ist, daß viele größere Industriebetriebe in Mitteldeutschland den Abtransport ihrer Fertigfabrikate aus Mangel an Transportmitteln nicht bewerkstelligen können.

TPB. **Heidenheim**, 12. Febr. In der Generalversammlung der Deutschen demokratischen Partei Heidenheim wurde folgende auch für die Allgemeinheit interessierende Entschließung einstimmig angenommen: „Die heute in den Radsälen zahlreich versammelte Deutsche demokratische Partei Heidenheim a. Br. protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die dem deutschen Volke von französischer Rach- und Beutesucht angesonnene Vergewaltigung. Sie erwartet von der Nationalversammlung tatkräftigste Wahrung der deutschen Rechte auf der Grundlage der Wilson'schen Grundsätze. Besonders verlangt sie eine gerechte Verteilung des Kolonialbesitzes, Selbstbestimmungsrecht für Elsaß-Lothringen, Rückgabe unserer Handelsflotte und vor allem alsbaldige Zurückführung unserer Kriegsgefangenen. Nur auf einem Rechtsfrieden kann sich der von der ganzen Welt ersehnte Völkerbund aufbauen."

TPB. **Stuttgart**, 13. Febr. Der Staatsrechtliche Ausschuß der Deutschen demokratischen Partei war gestern unter dem Vorsitz von R.-A. Dr. Reis-Stuttgart wieder zusammengetreten, um über das Verhältnis von Staatsleitung und Volksvertretung zu beraten. Zu den grundlegenden staatsrechtlichen Fragen des Entwurfs für die württembergische Landesverfassung hat Dr. Wölz ein umfangreiches Gut-

---

Ein Deutscher

Von Otto Rupplus.

Monate war es her, daß er keine Taste unter den Händen gehabt, und er griff in die Klaviatur des prachtvollen Instruments, als wolle er mit einemmale alles, was ihm das Herz belaste, von sich werfen. Bei den ersten Akkorden schon waren die Gespräche verstummt, und einzelne der Anwesenden hatten in seiner Nähe Platz genommen; aber bald dachte Reichardt kaum mehr an die Gesellschaft. Wie der Zuspruch einer befreundeten Seele, der er sich voll hingeben durfte, waren ihm seine eigenen Töne entgegen gellungen; er goß sein Herz mit dem ganzen Grollen, dem er nicht einmal einen Namen zu geben wußte, aus und fühlte, wie nach jedem Griffe sich seine Brust freier und befriedigter hob; weicher und milder wurden seine Gänge, es war ihm, als habe er in der Fremde wieder den Weg nach seiner rechten Heimat gefunden, und fast willenlos begann er als Thema des geordneten Spiels: „Zieh'n die lieben, goldnen Sterne auf am Himmelsrand". So fremd das Lied an die Ohren seiner Umgebung schlagen mochte, so allein stand auch er jetzt mit seinem Empfinden in den selbstgewählten Verhältnissen — und sie, die ihm Ersatz für eine ganze Welt hätte geben können, stand so weit über ihm, hatte sicherlich ihre Herzensbefriedigung schon in dem eigenen Kreise gefunden und ahnte nichts von dem, was in dem Innern des armen Kommis, den ihre Vermittelung erst von Hausknechtsarbeit erlöst, vorging, und wahrlich! sie sollte es auch niemals ahnen — mit einer kräftigen Dissonanz unterbrach er sein Spiel und senkte wieder in Selbstvergessenheit den Kopf, dann aber, als bringe ihn die lautlose Stille um ihn her zur klaren Besinnung zurück, ließ er eine wilde Kadenz über die Tasten laufen und schloß in raschem Tempo die „Yankee-Doodle" daran. Selbsthohn, Aerger über die Weichheit, in welche er geraten, regierten seine Finger, aber er half sich dadurch am leichtesten aus seiner bisherigen Stimmung und mit einer sonderbaren Selbstgenugtuung begann er immer karrikierter, immer trivialer die Melodie herunter zu trommeln.

„No, Sir, no! das ist abscheulich!" rief eine Stimme neben ihm, „Sie stürzen die Menschen kopfüber aus ihren schönsten Träumen!" Reichardt brach mitten im Stücke ab und erhob sich rasch, und ein mehrstimmiges Gelächter um ihn her schien den vermeintlichen Spaß, den er eben vollführt, gebührend belohnen zu wollen. Neben sich sah er die Pianospielerin stehen, die mit einer Art liebenswürdigen Schmollens zu ihm aufblickte; als er aber das Auge unter die lachenden Gesichter der übrigen warf, sah er Margarets Züge, ernst und bleich, mit einem Ausdrucke von Sorge sich nach ihm heben, eine Sekunde lang blieb ihr Blick forschend in dem seinen hängen, dann wandte sie sich ab und machte dem alten Forst Platz, der die Gruppe durchbrach und auf Reichardt zuschritt. „Haben Sie uns das alte Vaterland im Vergleiche zu dem neuen zeigen wollen?" sagte er gutgelaunt, „fast war es mir so bei dem Kontraste, den Sie hinstellten."

„Ich weiß wirklich selbst kaum, was ich gespielt habe, Sir," erwiderte der junge Mann in einer leichten Befangenheit, „ich wollte nur aus der Schwärmerei und den Dissonanzen, zu denen sie geführt, wieder ins praktische Leben zurück."

„Geschwankt haben Sie wenigstens nicht dabei," lächelte Frost; „beinahe ließe sich aber vielleicht auf diesem Felde versöhnen, wenn Sie dann und wann mit John abends heran kämen; es hängt mir selbst immer noch etwas von der deutschen Musikliebe an."

„Sie wissen, Mr. Frost, daß Sie ganz über mich zu verfügen haben," erwiderte Reichardt sich verbeugend, während das Blut in seine Wangen stieg, um dann langsam einer tiefen Blässe Raum zu geben. Der alte Herr hatte sich mit einem freundlichen Kopfnicken weggewandt, da der junge Frost herantrat, ihn mit einer Entschuldigung bei Seite ziehend. „Lassen Sie mir die Pianospielerin für heute abend, ich bin schon darauf vorbereitet," sagte der letztere, „unser Truthahn ist bereit, und da Sie sich wahrscheinlich noch keine Nachbarin engagiert, so kommen Sie zu meiner Seite!"

Nur einen Moment zuckte es wie Widerstreben in Reichardt; in dem nächsten aber wußte er, daß es hier keinen Ausweg gab, daß ihm der härteste Kampf nicht erspart werden sollte, und daß er diesen zu bestehen habe nach besten Kräften. In möglichst freier Haltung folgte er dem Freunde quer durch das Zimmer nach einer lachenden Gruppe und stand in der nächsten Minute vor Margaret, aus deren Zügen bei seinem Anblick plötzlich der lachende Ausdruck schwand. „Reichardt möchte Dich zu Tische leiten, Schwester, und es ist gut, wenn wir rechtzeitig Paare bilden!" sagte John kurz und wandte sich wieder davon; das Mädchen aber ruhte still und ernst auf Reichardts Gesicht, bis dieser ihr den Arm bot und sie in langsamer Promenade durch das Zimmer führte. Er hatte ihr forschendes Auge gesehen, und jedes leichte Wort, mit dem er hätte eine Unterhaltung einleiten können, schien damit wie aus seinem Gedächtnisse gestrichen zu sein; er fühlte ihren Arm leicht wie eine Feder auf dem seinigen ruhen, und eine Empfindung, wie er sie nie vorher gekannt, rieselte durch seine Nerven; er wußte, wie albern er erscheinen mußte, ohne Laut an ihrer Seite zu gehen, während sich um sie her lachend und scherzend die übrigen Paare formierten und selbst der alte Frost mit einer launigen Rede sich bei der Pianospielerin als John's Stellvertreter einführte, so lange dieser abwesend sei — und doch schien ihm sein Gehirn jeden leidlichen Gedanken zur Anknüpfung einer Unterhaltung verweigern zu wollen. Da hörte er plötzlich seine Begleiterin halblaut in deutscher Sprache beginnen: „Ich hatte mich gefreut, Mr. Reichardt, Sie bei uns zu sehen; Harriet Burton hat mir so mancherlei von Ihnen geschrieben, daß Sie immer wie ein Gast Ihres Hauses vor mir stehen —"

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

achten ausgearbeitet. Der Vater des Verfassungsentwurfs, Prof. Dr. v. Blume-Tübingen wohnte der Sitzung bei und gab eine ausführliche Begründung der zur Tagesordnung stehenden Punkte in dem Verfassungsentwurf. Eingehend wurde über die Frage, ob für Württemberg ein besonderer Staatspräsident nötig ist, oder ein Ministerpräsident mit dem Titel Staatspräsident evtl. in „gehobener Stellung" genügt, beraten, desgleichen über die in Zusammenhang damit wichtige Frage des Rechts der Beamtenernennung. Darüber wird in der nächsten Sitzung ein Referat von Regierungsrat Schall vorgelegt werden.

Wochenrundschau.

Das Deutsche Reich hat eine Verfassung und einen Präsidenten. Beide sind zwar nur vorläufig, aber sie sind doch da und Deutschland ist damit aus dem Chaos der gesetzlosen Revolution herausgetreten. Es kann beanspruchen, von der ganzen Welt wieder als geordnetes Staatswesen betrachtet und behandelt zu werden. Was zunächst die Verfassung anlangt, so stellt sie, wie der Volksbeauftragte Ebert sagte, ein Kompromiß zwischen Reichsgewalt und Einzelstaaten dar. Der Entwurf des Dr. Preuß wäre mit seiner scharf ausgeprägten „unitaristischen" Richtung, die den Bundesstaaten fast alle Selbständigkeit nehmen wollte, nicht durchzubringen gewesen. Worin besteht nun aber das Kompromiß d. h. die gütliche Vereinbarung, bei der jeder Teil, Reichsgewalt und Einzelstaaten, etwas zugeben und ablassen muß? Einmal in der Bestimmung, daß Gebietsveränderungen der Einzelstaaten durch Aufteilungen oder Zusammenlegungen innerhalb des Reichsganzen nur vorgenommen werden dürfen, wenn die Einzelstaaten ihre Zustimmung geben. Für wichtige Gesetze, die während der Dauer der vorläufigen Regierung und der Nationalversammlung erlassen werden, soll ferner die Zustimmung des aus Vertretern der Einzelregierungen zusammengesetzten Staatenausschusses nötig sein. In diesem Ausschuß sollen nur solche Regierungen vertreten sein, die von ordnungsmäßig gewählten Landesversammlungen berufen sind. Für sogenannte wilde Regierungen wie z. B. die gegenwärtige in Braunschweig, die sich durch Gewalt selbst dazu gemacht hat und die nicht von der Gesamtzahl der Wähler gewählt ist, würde also kein Platz in dem Staatenausschuß sein. Von Rechtswegen.

Nachdem nun am 10. Februar die vorläufige Verfassung gegen die Stimmen der Unabhängigen und einige wenige andere Stimmen angenommen war, bildete es die nächste Aufgabe der Nationalversammlung, dem neugefügten Staatsbau eine Spitze, ein Haupt zu schaffen. Das geschah in der Sitzung vom 11. Februar. 379 von 421 Abgeordneten waren anwesend. Mit 277 Stimmen, also mit starker Zweidrittelmehrheit wurde Friedrich Ebert, der Schneidersohn von Heidelberg, zum ersten Präsidenten der deutschen Republik gewählt; 45 Stimmen der Deutschnationalen fielen auf Graf Posadowski und 51 Zettel der Unabhängigen und wohl der Deutschen Volkspartei waren unbeschrieben, je 1 Zettel enthielt die Namen Scheidemann und Erzberger. Ebert nahm die Wahl an und nach der Begrüßung durch den Präsidenten der Nationalversammlung Dr. David hielt er eine Ansprache, in der er gelobte, sein Amt gerecht und unparteiisch zu führen, nicht als Vormann einer einzelnen Partei, wenn er auch als Sohn des Arbeiterstandes weder Herkunft noch Ueberzeugung jemals zu verleugnen gesonnen sei. Die Freiheit aller Deutschen zu schützen, das sei der Schwur, den er in die Hände der Nationalversammlung lege. Die schlichte, ehrliche Rede machte auf die Versammlung — und im ganzen Reiche — einen guten Eindruck und als Ebert zum Schluß ein Hoch auf das deutsche Vaterland und das deutsche Volk ausbrachte, wurde es vom ganzen Hause begeistert aufgenommen, — nur die Unabhängigen blieben sitzen.

Nicht so leicht wie die Besetzung des Präsidentenstuhls war die Bildung des Reichsministeriums und die Verteilung der verschiedenen Ministerien unter die drei Mehrheitsparteien. Es wollte lange nicht klappen; bald wurden von dieser, bald von jener Seite Einwendungen erhoben und Ansprüche geltend gemacht, und als man anfangs dieser Woche endlich so weit zu sein schien, daß eine Liste halbamtlich veröffentlicht werden konnte, da fuhr die „Frankfurter Zeitung" mit einem scharfen Artikel dazwischen. Endlich konnte in der Sitzung der Nationalversammlung vom 13. Februar die Zusammensetzung der Reichsregierung amtlich bekannt gegeben werden. Bemerkenswert ist, daß in dem Reichsministerium ein Reichskolonialamt beibehalten ist, obgleich es nach einer neuerlichen Aeußerung Lloyd Georges so gut wie sicher ist, daß Deutschland seine Kolonien nicht oder nur in so geringem Umfang zurückerhalten wird, daß ein eigenes Kolonialamt überflüssig erscheint. Kolonialminister ist Dr. Bell (Ztr.), ein erfahrener und verdienter früherer Kolonialbeamter. Es ist zu fürchten, daß man den Kolonialminister den drei Ministern ohne Fach zuzählen muß.

Nun ist die Frage, ob auch das feindliche Ausland den neugeschaffenen Staatsverhältnissen Rechnung tragen und die republikanische Regierung und Volksvertretung des Reichs anerkennen werde. Die deutsche Waffenstillstandskommission wurde sofort nach der Wahl Eberts beauftragt, einen diesbezüglichen Antrag zu stellen. Ein vernünftiger Grund, diese Anerkennung zu verweigern, läge nicht mehr vor, aber was hat man nicht alles in dieser Beziehung im letzten Vierteljahr erleben müssen! Es ist auch unzweifelhaft, daß der bisherige gesetzlose Stand im Reich manchen Elementen auf der „Friedenskonferenz" besser gepaßt hat, als die jetzige Ordnung; man konnte den Strang umso ungenierter enger ziehen. Das geht jetzt doch nicht mehr so ohne weiteres, wenn anders das berühmt Wilson'sche Friedensprogramm noch irgend einen Sinn haben sollte. Man merkt es wohl, wie unbehaglich gewissen einflußreichen Persönlichkeiten in Paris die neue Lage ist. Jetzt heißt es auf einmal, die Deutschen fangen an, den Kopf wieder zu erheben; das ist eine „große Gefahr", der man durch völlige Niederdrückung begegnen muß, sonst kann Europa keine Ruhe haben usw. Du lieber Himmel! Für „Höhenrichtung" des deutschen Kopfes ist wirklich noch recht bescheiden und erreicht diejenige unserer Nachbarn im Westen auch nicht von Ferne. Mit unserer militärischen Macht ist auch nicht viel getan, sie reicht eben noch aus, um vielleicht im Innern die Ruhe zu halten, kaum daß wir uns der polnischen Angriffe erwehren können. Und dazu verlangt die Entente, daß Deutschland seine „Angriffsabsichten" gegen die Polen einzustellen habe, nachdem die Polen in Paris beantragt hatten, daß es den Deutschen verboten werden sollte, ihnen, den Polen bei ihrem Raubzug durch die deutsche Provinz Posen in den Weg zu treten. Und wie hausen dort die edlen Polen! Ganze Kolonien deutscher Ansiedler, darunter viele Schwaben, haben sie niedergemetzelt, Höfe und Dörfer vernichtet. Alles auf deutschem Boden! Und das sollen wir ruhig geschehen lassen, ohne uns zu rühren! Das werden wir trotz Friedenskonferenz niemals tun. Der Reichspräsident Ebert hat schon warnend seine Stimme erhoben: es gibt auch für das unglückliche Deutschland Grenzen der Bedrückung und der Schmach, über die es sich nicht hinausdrängen läßt. Und mit den Polen wird jetzt wohl Hindenburg, der am 11. Februar in seinem neuen Hauptquartier Kolberg eingetroffen und als ein neuer Retter aus der Not empfangen worden ist, abrechnen, wenn sie ihr barbarisches Treiben fortzusetzen Lust haben sollten.

Freilich, außer der überlegenen Waffengewalt haben unsere Feinde noch ein anderes Mittel, Deutschland zur Unterwerfung zu zwingen: den Hunger. Mit schrankenloser Willkür haben sie bisher davon Gebrauch gemacht. Nach den beispiellos harten Waffenstillstandsbedingungen vom 10. November folgte im Dezember der erste „Verlängerungsvertrag", der u. a. das vernichtende Finanzabkommen enthält, wodurch die Wiederaufrichtung des deutschen Wirtschaftslebens in seinen Beziehungen zum Ausland auf Jahre hinaus dank einer ruinösen Valuta unmöglich gemacht oder furchtbar erschwert wird. Im Januar kam der zweite Erpressungsfeldzug, der den hungernden deutschen Kindern jeder Milch noch Brot brachte, dafür aber der deutschen Landwirtschaft die Ackergeräte für unsere knappe Brotversorgung, die Dampfpflüge u. s. w. und obendrein das Kali entzog, das wir in allen vom Feind geforderten Mengen zu Friedenspreisen abgeben müssen. Dazu kostete die Verlängerung des Waffenstillstands vorerst 450 000 Tonnen unserer Handelsflotte. Und nun ist für eine abermalige Verlängerung des Waffenstillstands auf den 17. Februar der dritte Erpressungsfeldzug anberaumt: Essen und die Kruppwerke — so melden französische Blätter — und die gesamte deutsche Industrie in Rheinland und Westfalen soll dem Feind überliefert, zwei Drittel alles Artilleriematerials soll ausgeliefert, Danzig soll in die Hand der Entente gegeben und der ganze Osten von deutschen Truppen entblößt werden, außerdem sollen einige Häfen an der Nord- und Ostsee vom Feinde besetzt werden. Kann überhaupt noch mehr verlangt werden? Die Herren der Friedenskonferenz scheinen selbst daran zu zweifeln, denn es heißt, das Abkommen vom 17. Februar werde die letzte Waffenstillstandsverlängerung sein; der dadurch geschaffene Zustand werde als Abschluß des Kriegszustands und als Ueberleitung zum endgültigen Frieden betrachtet. In der Tat, wenn man das deutsche Volk etwa nicht aus dem Lande treiben oder totschlagen will, — schlimmer kann man mit seiner Ehre und seinem Gut nicht mehr umgehen. Die Sache ist furchtbar ernst. Die Regierung hat daher auch die Entscheidung über das Abkommen dem seitherigen Unterhändler Staatssekretär Erzberger abgenommen und sie der Nationalversammlung übertragen, die über Annahme oder Ablehnung der Bedingungen zu befinden haben wird.

Eine kleine Hoffnung, aber nur eine Hoffnung, haben uns die Feinde zum Trost wie ein Pflästerchen auf eine schwere Wunde gegeben: sie wollen sich bereit erklären, Deutschland 30 000 Tonnen Fett und Schweinefleisch, die für etwa 10 Tage reichen, und 250 000 Kisten eingedickte Milch für die deutschen Säuglinge gegen gute Bezahlung in Gold und deutschen Guthaben im Ausland zu liefern, weiterhin werden Weizen für 14 Tage, nämlich 200 000 Tonnen, und 35 000 Fett und Fleisch in Aussicht gestellt, aber alles das nur dann, wenn gut bezahlt wird und wenn die Waffenstillstandsbedingungen restlos und pünktlich erfüllt werden. Wenn es uns nicht möglich wäre, die Ansprüche der Feinde zu ihrer vollsten Zufriedenheit innerhalb der gestellten Frist zu erfüllen, so hätten wir wieder wie beim ersten in größter Vertrauensseligkeit abgeschlossenen Waffenstillstandsvertrag das Nachsehen; die Feinde würden sich an ihr Versprechen, das tatsächlich keines ist, nicht mehr gebunden fühlen.

Es scheint Tatsache zu sein, daß Wilson mit den neuen Forderungen des Marschalls Foch einverstanden ist, daß er aber nun das Maß dessen, was Deutschland zugemutet werden soll, für voll ansieht. Auf den Präsidenten Wilson ist man daher in Paris gar nicht mehr gut zu sprechen. Solange er abwesend ist, dürfen auf der Friedenskonferenz keine Entscheidungen mehr getroffen werden; die Arbeiten werden zwar nicht eingestellt, sind aber nur auf Vorbereitungen beschränkt. Auch den Wunsch hat Wilson seinen „Assoziierten" nicht erfüllt, daß er den Deutschenhasser Taft zu seinem Stellvertreter bestellte, sondern diese Befugnis wurde dem klügeren und gemäßigteren Staatssekretär Lansing übertragen. Aber auch die Engländer sehen scheel auf Wilson. Dieser hat nämlich der Friedenskonferenz seine Formulierung der „Freiheit der Meere" zugestellt, und diese paßt den Engländern nur auch gar nicht. Ziemlich unverblümt sagt Wilson in dem Programm, daß Großbritannien die allgemein gültigen Kriegsregeln während des Kriegs willkürlich geändert und dem Begriff „Bannware" eine unerlaubte Auslegung zu seinen Gunsten gegeben, d. h. also das Völkerrecht verletzt habe. Das Programm enthält folgende Punkte: 1. Keine Nation soll eine so große Flotte besitzen, daß sie imstande wäre, die Kontrolle über die Meere allein auszuüben; 2. Die Kriegsregeln sollen während des Krieges nicht geändert werden; 3. Jede Nation, gleichviel, ob kriegführend oder neutral, soll für die Einhaltung der zur See geltenden Regeln in Kriegszeiten streng verantwortlich gemacht werden; 4. Der Begriff „Bannware" soll in Friedenszeiten genau bestimmt werden. Kein neutrales Land soll Bannware verschiffen, noch sollen Schiffe neutraler Länder versuchen, die von einem kriegführenden Lande errichtete Blockade zu brechen; 5. Die Benutzung von Tauchbooten soll eingeschränkt oder, noch besser, ganz verboten werden. Man kann es den Engländern nachfühlen, wie missvergnügt sie über die Wilson'sche „Freiheit der Meere" sind.

Wenn man nun aber glauben wollte, es sei menschliches Rühren, das Wilson bestimmte, dem grausamen Spiel mit Deutschland ein Ende zu machen, so würde man sich wohl täuschen. Wilson betrachtet wie jeder Amerikaner die europäische Lage nur vom geschäftlichen Standpunkt aus. Deutschland war der beste und zahlungsfähigste Kunde Amerikas und Amerika hat daher ein Interesse daran, Deutschland nicht für immer oder lange Zeit zum Bettler machen zu lassen. Das Angebot, Deutschland eine Milliarde Bankcredit zur Beschaffung von Lebensmitteln und Rohstoffen — natürlich aus den Vereinigten Staaten — zu gewähren, ist ausschließlich aus durchaus nüchternen Erwägungen zu verstehen. Die Amerikaner werden bei dem Verkauf ihrer Waren ein sehr gutes Geschäft machen; als Sicherheit haben sie die Hand auf alles deutsche Besitztum in Amerika gelegt, das fünf Milliarden Wert haben soll. Bei der Abrechnung werden sie wieder ein gutes Geschäft machen. Sie machen also ein doppeltes Geschäft und fahren wohl dabei.

Deutsche Nationalversammlung.

Das Programm der Reichsregierung.

Weimar, 13. Febr.

Vizepräsident Haußmann eröffnet die Sitzung der Nationalversammlung um 3.20 Uhr mit der Verlesung eines Schreibens des Präsidenten David, in dem dieser sein Amt als Präsident der Nationalversammlung niederlegt, ferner ein Schreiben des Reichspräsidenten über die Bildung des Reichsministeriums.

Dieses setzt sich wie folgt zusammen: Präsidium des Reichsministeriums: Scheidemann; Vertreter im Präsidium des Reichsministeriums und Reichsminister der Finanzen: Dr. Schiffer; Reichsminister des Auswärtigen: Graf v. Brockdorff-Rantzau; Reichsminister des Innern: Dr. Preuß; Reichsarbeitsminister: Bauer; Reichswirtschaftsminister: Wissel; Reichsminister ohne Geschäftsbereich: Noske; Reichsjustizminister: Landsberg; Reichsverkehrsminister: Noske; Reichskolonialminister: Dr. Bell; Reichspostminister: Giesberts; Reichsminister für Demobilmachung: Dr. Koeth; ferner 3 Minister ohne Portefeuille: Erzberger, Dr. David und Gothein.

Darauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein: Entgegennahme einer

Erklärung der neuen Regierung.

Diese enthält folgende Hauptgesichtspunkte: Festlegung des Inhalts des Rechts durch die starke Zentralgewalt, Herbeiführung sofortigen Friedensschlusses, Festhalten am Wilson-Programm, Ablehnung jeden Gewaltfriedens, Wiederherstellung eines deutschen Kolonialgebiets, sofortige Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen, gleichberechtigte Beteiligung am Völkerbund, gleichzeitige und gegenseitige Abrüstung, Schiedsgerichte zur Vermeidung des Kriegs und Aufschiebung der Kriegserklärung. In der inneren Politik: Demokratische Weiterbildung, Heranziehung der Frauen zum öffentlichen Dienst, Schaffung eines Volksheeres auf demokratischer Grundlage zum Schutz des Vaterlands, unter vorläufiger Beibehaltung der Disziplin, Entlassung der in den Kasernen Befindlichen, auch des Jahrgangs 1899. Fürsorge für die bisherigen aktiven Offiziere und Unteroffiziere, für die Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten, einheitliche Grundlagen für den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens, Förderung der durch die Kriegsfolgen schwer geschädigten mittleren und kleinen Gewerbetreibenden, zunächst Aufrechterhaltung der Rationierung und Höchstpreise für notwendige Lebensmittel, an denen wir Mangel leiden, Unterstellung der Wirtschaftszweige, die einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben, unter öffentliche Kontrolle, soweit sie sich dazu eignen, in bedingtem Maße, Festlegung der Koalitionsfreiheit für jedermann. Auf sozialpolitischem Gebiete: planmäßige Verbesserung der Volksgesundheit, Wohnungsfürsorge, Ausbau des Mutterschutzes, der Säuglings- und Jugendfürsorge, Regelung des Arbeitsnachweises auf öffentlicher, rechtlicher und paritätischer Grundlage, Schaffung eines freiheitlichen Beamten- und Disziplinarrechts, Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung, verschärfte Erfassung der Kriegsgewinne und wiederholte Erhebung einer Mehreinkommensteuer, Heranziehung der Vermögen zur Verminderung der Reichsschuldenlast, Sicherstellung der Gewissensfreiheit und Freiheit der Religionsübung, Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Freiheit der Presse, Wissenschaft und Kunst, der Versammlungen und Vereinigungen.

Darauf führte Ministerpräsident Scheidemann aus: Mein erstes Wort soll ein Bekenntnis sein zu dem Gedanken der Volksherrschaft, den diese Versammlung verkörpert. Aus der Revolution geboren, ist es ihr Beruf, das größte Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren und es zum dauernden Besitz des deutschen Volkes zu machen. Die Zeit der Gewaltherrschaft sei ein für allemal vorüber, und keine Macht der Welt würde jemals ungestört wagen dürfen, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzutasten. Als größte Errungenschaft des neuen Rechtszustands begrüßte Scheidemann die Gleichstellung der Frauen. Das ist das schlimmste eines zur Niederlage bestimmten Volks, daß es sich selbst belügen muß, weil es an die Niederlage nicht glauben darf. Wir aber waren zur Niederlage bestimmt. Als einzigen allen Voraussagen unserer Propheten das Heer der Feinde im Westen um Millionen anwuchs und schließlich der genialste Organisator des Weltkriegs, Ludendorff

(Widerspruch rechts), den Bankerott erklärte (Erneuter Widerspruch rechts), fiel es wie eine Binde von den Augen des Volkes. Deutschland war reif geworden für den 9. November. Daß unser Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besaß, die alte Gesellschaft zu zertrümmern und seine eigene Herrschaft auszurufen, darin erblicke ich die beste Bürgschaft für eine gute Zukunft.

Am 10. November ergab sich die Notwendigkeit, daß wir uns mit der Fraktion der Unabhängigen auf Bildung einer gemeinsamen Regierung zusammentaten. Unter diesen Umständen war unsere Herrschaft von vornherein belastet mit einer Erbsünde gegen den Geist der Demokratie. Wir haben zur Vermeidung des Bürgerkriegs alles getan. Die Schuld für das, was geschehen ist, fällt ausschließlich auf die, die allen Warnungen und Beschwörungen zum Trotz das Verderben entfesselt

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

haben. Die Unabhängigen bekämpfen die Nationalversammlung, obwohl sie nichts anderes ist als die Versammlung, die die „magna charta" der Revolution beschließen soll. Nachdem das Volk am 19. Januar keiner Partei die absolute Mehrheit zuerkannt hat, ist die Bildung einer aus mehreren Parteien zusammengesetzten Regierung zur unauswechselbaren Notwendigkeit geworden.

Der kommende Frieden soll keine bloße Ermattungspause in einem ewigen Kriegszustand der Völker sein. In diesem Sinne ist das Programm des Präsidenten Wilson von uns aus innerer Ueberzeugung angenommen worden. Es darf auch keine neue Sklaverei aufgerichtet werden. Ein niedergetretenes, hungerndes Deutschland wäre für die ganze Welt ein Unglück und eine Gefahr. Waren zurzeit der militärischen Erfolge Deutschlands unsere Alldeutschen eine Gefahr für die Welt, so sind es die Alldeutschen des Auslands jetzt. Die, welche die alte Welt nur in veränderter Form wieder aufrichten wollen, das sind die gefühlsrichten Gegenrevolutionäre. Wir rufen als Helfer und Bundesgenossen alle Gleichgesinnten der ganzen Erde auf, mit denen wir freudig und ehrlich zusammenarbeiten gewillt sind. Die vorläufige Verfassung ist nur ein Gerüst für den Ausbau der endgültigen. Es ist unser Ehrgeiz, in dieser Verfassung ein Maß von Freiheit zu verwirklichen, wie es keine andere der Welt kennt. In diesem Geiste wird auch das Heerwesen geordnet werden. Es kann in Deutschland keine anderen Soldaten mehr geben, als Soldaten der Republik. Niemand anders wird die höchste Kommandogewalt haben als das Volk selbst durch seine verfassungsmäßige Vertretung. Die Armee als ganzes kann keine Politik treiben, weder die der Royalisten noch die der Bolschewisten. In dem Verhältnis des Reichsganzen zu seinen einzelnen Teilen, hoffe die Regierung, das schwere Werk vollenden zu können, die Einheit und die Freiheit auf dem Boden der Republik in die Tat umzusetzen. Beseitigung der Klassenunterschiede, das ist die große Aufgabe, die wir uns gestellt haben. Kein Mitglied der Regierung verschließt sich der Erkenntnis, daß wir uns im Zuge einer Entwicklung befinden. Die Sozialisten werden nicht aufhören Sozialisten zu sein. Aber wir denken nicht daran, auf unsere Kollegen oder auf diese Versammlung einen unzulässigen, mit dem Geiste der Demokratie unvereinbaren Druck auszuüben. Bahn frei für alles, was aus der Tiefe zum Licht strebt. Bahn frei für das drängende Neue, dann werden wir es schaffen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Gröber (Zentrum): Es ist nun schon mehr als 4½ Monate her, daß Deutschland um Frieden gebeten hat. Das ist ein Vorgang, der in der ganzen Geschichte der Welt noch niemals vorgekommen ist, daß ein Volk um Frieden bittet und daß es nach mehr als 4½ Monaten nicht einmal eine Antwort auf diese Bitte erhalten hat. Gröber erklärt sich im Namen des Zentrums gegen jede, im besonderen auch französische und polnische Annexionspolitik und protestiert gegen den Plan, den Kaiser vor ein ausländisches Gericht zu stellen, wodurch nur Deutschland herabgewürdigt und beschimpft werden solle. Gegen die Annexionisten und gegen die Bolschewisten müsse sich das deutsche Volk zur Wehr stellen. Es brauche deshalb eine Volkswehr. Gröber dankt dann der früheren Armee für das, was sie zum Schutze für unser deutsches Volk und Land geleistet hat und wandte sich dann gegen die Soldatenräte. Den Grundsatz, nicht nur der persönlichen, sondern der genossenschaftlichen Freiheit der Religionsübung wollen wir für die Gesamtheit des deutschen Volks retten. Die Regelung der Einzelbeziehungen zwischen Staat und Kirche müsse Sache der Einzelstaaten sein. Durch unseren Eintritt in die Regierung sind mehr als drei Viertel der Nationalversammlung in der Regierung vertreten. Durch unseren Beitritt wird auch die Politik der Regierung beeinflußt. Das Arbeitsprogramm der Regierung ist ein Koalitionsprogramm, nicht ein sozialistisches. Man wird auch künftig nicht mehr von einer sozialistischen Republik sprechen dürfen. Wir sind nicht Mitglieder einer sozialistischen, sondern einer Koalitionsregierung. Wir bleiben Zentrumsmitglieder auch in der Regierung. Wir sind auch stets Anhänger der Demokratie gewesen. Trotzdem mißbilligen wir die Revolution weil sie eine gewaltsame Unterbrechung der stetigen demokratischen Fortentwicklung war. Die Revolution vom 9. November hat uns politisch, militärisch und finanziell aufs schwerste geschädigt. Ohne Revolution hätten wir längst den Frieden. Meine politischen Freunde stellen sich nach allem, was geschehen ist, auf den Boden der vollendeten Tatsachen. Wir wollen die demokratische Republik, weil wir in ihr die einzige Möglichkeit erblicken aus dem Chaos der Revolution herauszukommen. Wir wollen die demokratische Republik auf föderativer Grundlage. Warum soll man den deutschen Stämmen nicht das Recht lassen, im Rahmen des Ganzen nach ihrer Eigenart ihre Verhältnisse zu ordnen? Wir würden es begrüßen, wenn die Deutsch-Oesterreicher zu uns kommen würden; nach Abstammung und Geschichte gehören sie zu uns. Unsere Volksseele ist krank, sehr krank. Unser Volk muß zum Geist der Arbeit und Pflichterfüllung zurückgeführt werden. Nur das kann uns wieder aufrichten. Die frühere Größe Deutschlands ist nicht durch militärische Gewaltleistungen errungen worden, sondern durch bürgerlichen Fleiß und Tüchtigkeit.

Abg. Dr. Naumann (D.V.P.): Es wäre auch eine unsozialistische Mehrheit nach rechts hin möglich gewesen. Aber diese würde zwei Hauptzwecke der Gegenwart nicht erfüllen können; Sie würde die Revolution nicht beendigen können und dem Ausland gegenüber würde die Mehrheit der Rechten nicht als eine Garantie für den künftigen Rechtsfrieden erscheinen. Die bürgerliche Umgestaltung kann jetzt durchgeführt werden, weil Sozialdemokraten, Demokraten, Zentrum darüber einig sind. Dadurch wird die neue Regierung von vornherein keine Klassenregierung sein. Unter die Geschichte der Fürsten ist der Strich gemacht, ein Traum vom Wiederkommen der Monarchen ist nur die Beruhigung mit einem Bürgerkrieg. Die ganz großen Schwierigkeiten, wie sie schon vor 70 Jahren vorhanden waren, bestehen auch heute: Dezentralisation, Zentralisation, Bundesstaaten, Zweiparteiigkeiten zwischen Nord und Süd. Wir sind kein einzelstaatliches schematisch gefügtes Volk. Ein einheitlich republikanisches deutsches Volk zu machen, das ist die Aufgabe, für welche wir hierher geschickt worden sind. Wir stehen jetzt in einer Weltsituation, wo der politische Typ von Amerika ausstrahlt. Vom Westen kommt Wilson mit seiner „heiligen Allianz des Völkerbundes". Wir brauchen die Einfügung in diesen Welttyp notwendig. Der Deutsche erscheint in der Welt draußen als das Raubtier innerhalb der Menschheit, das vernichtet werden muß. Seit unserer Niederlage lernen wir, daß die übrige Welt von einer unerhörten Härte ist. Es scheint, daß man unsere deutsche Handelsflotte opfern will. Sogar die Baupläne der Schiffe läßt sich die Entente geben. Was nützt uns dann die Freiheit der Meere? Wir haben versprochen, auf die Wilsonschen Punkte einzugehen. Aber darüber hinaus ist nichts bisher versprochen worden. Wo liegt das Recht für die Polen, jetzt vor dem Friedensschluß unsere Grenzen zu überfluten? Wir wollen das Wort von der Selbstbestimmung angewandt wissen. Das gilt vor allem von Elsaß-Lothringen. Und vor allem müssen wir dabei auch denken an unsere deutschen Brüder in Böhmen und in Oesterreich. Wir dürfen den Glauben an uns selbst nicht verlieren. Wir hoffen, als Volk noch einmal aufzustehen und lehnen gerade deshalb mit aller Entschiedenheit ab, daß man uns mit Rubelgeld von draußen her den Aufbau stört.

Reichsminister Erzberger gab dann eine Darstellung der Verhandlungen über die deutschen Schiffe und erklärte, die Schiffe seien nicht ausgeliefert, sondern werden nur zur Verfügung gestellt. Das Eigentum an den Schiffen sei für uns gesichert. Die Schiffe sollen vorerst nicht ausfahren, bis nach dem Ernährungsabkommen, das bereits abgeschlossen ist, auch das Finanzabkommen, in dem die Bezahlung geregelt wird, abgeschlossen ist. Seit dem 11. Januar 1919 befinde sich kein alliierter Kriegsgefangener mehr in Deutschland. Umso berechtigter sei die Forderung, daß noch vor dem Abschluß des Vorfriedens die deutschen Kriegsgefangenen uns wieder gegeben werden.

Neues vom Tage.

Berlin, 14. Febr. Die Reichsregierung wünscht laut „Deutscher Allg. Ztg." die notwendigen Arbeiten der Nationalversammlung bis Anfangs April zu beendigen und wenn nach Ostern noch Beratungen nötig sein sollten, sie in Berlin tagen zu lassen, wo auch die späteren Tagungen stattfinden sollen.

Berlin, 14. Febr. Wie die „Voss. Ztg." hört, ist gestern im preußischen Kabinett beschlossen worden, die preußische Landesversammlung zum 4. März einzuberufen. Auch für Preußen soll ein Staatspräsident gewählt werden.

Ausstand.

Hamburg, 14. Febr. Die Angestellten der Hamburger Warenhäuser sind heute wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Die Spartakisten.

Berlin, 14. Febr. Die Blätter melden, aus dem bei Radek vorgefundenen Mobilmachungsplan für den neuen Spartakistenaufstand in Deutschland habe sich ergeben, daß am 20. März gleichzeitig in 28 deutschen Großstädten die Umwälzung mit einer Ueberrumpelung der Kasernen einsetzen sollte. Aus einer Geheim-Liste seien die örtlichen Führer der Aufstandsbewegung festgestellt, sodaß Massenverhaftungen im Reichsgebiet zu erwarten sind. Sechs weitere Spartakistenführer sind in Berlin festgenommen. Auch zwei russische Kuriere, die im Laufe des Vormittags mit weiterem Material der russischen Räteregierung zur Vorbereitung des deutschen Aufstands eintrafen, fielen in die Hände der Polizei.

Aus den Vereinigten Staaten werden laut „Berl. Lokalanzeiger" 800 Bolschewisten und radikale Aufwiegler ausgewiesen.

Duisburg, 14. Febr. In vergangener Nacht rückten hier auf Anordnung des belgischen Abschnittskommandos infolge der spartakistischen Gewalttaten am Mittwoch eine belgische Kompagnie mit Maschinengewehren ein, um weitere Unruhen zu verhüten. Zwei weitere Kompagnien werden folgen. Die Truppen langten gerade vor dem Rathause an, als dort drei Hamborner Spartakistenführer vorgefahren waren, um von dem Oberbürgermeister die Herausgabe von 50 beschlagnahmten Gewehren zu erzwingen. Die Belgier hielten das Automobil an. Die Spartakisten versuchten zu entkommen und eine Handgranate gegen die Belgier zu werfen, was jedoch vereitelt wurde. Die drei Spartakusleute wurden schwer verletzt.

Von der Friedenskonferenz.

Haag, 14. Febr. Die Besatzungsarmee für Deutschland soll, wie aus Amerika gemeldet wird, aus 300 000 französischen, amerikanischen und englischen Truppen bestehen.

Paris, 14. Febr. Der „Temps" meldet, die Vereinigten Staaten werden auf ihrem Gebiet für Zwecke des Völkerfriedens ein Heer von nicht unter 500 000 Mann unterhalten, das mit Genehmigung des Senats im Bedarfsfalle auf der ganzen Welt verwendet werden könnte.

Paris, 14. Febr. (Havas.) Der Völkerbundsausschuß hat in zweiter Lesung 26 Artikel des Völkerbundsentwurfs angenommen. Der Entwurf wird demnächst veröffentlicht werden.

Württemberg.

(-) **Stuttgart,** 14. Febr. (Verfassungsausschuß.) Bei der Abstimmung über § 10 Absatz 1 des Verfassungsentwurfs wird Absatz 1 in folgender Fassung von den bürgerlichen Parteien angenommen: „Das Eigentum steht unter dem Schutz der Verfassung. Das Gesetz bestimmt, unter welchen Voraussetzungen das Eigentum für Zwecke des Gemeinwohls gegen volle Entschädigung beschränkt oder entzogen werden kann. Die Höhe der Entschädigung wird auf Anrufen durch die ordentlichen Gerichte festgestellt." — Zu Absatz 2 liegt ein Antrag der D.d.P. für folgende Fassung vor: „Alle Fideikommisse werden aufgehoben; ihre Aufhebung erfolgt durch Gesetz. Neue dürfen nicht errichtet werden." Ein Mitglied der Bürgerpartei macht Bedenken geltend, Bestimmungen über Aufteilung des Großgrundbesitzes durch Enteignung zur Begründung ländlicher Heimstätten in die Verfassung aufzunehmen. Ein Mitglied der D.d.P. regt an, der Satz aufzunehmen, daß der Großgrundbesitz „vor allem" zur Stärkung des mittleren und kleineren Besitzes und zur Begründung ländl. Heimstätten aufgeteilt werden soll. Der Vertreter der U.S.P. will die Aufhebung der Fideikommisse nicht durch ein besonderes Gesetz regeln. Der Regierungsvertreter erwidert, daß dies zur Folge haben würde, daß die Fideikommisse unter anderem Namen weiter bestehen würden.

In der gestrigen Sitzung gab Ministerpräsident Blos ein Schreiben des Vertreters der württ. Regierung in Weimar bekannt, worin dieser mitteilte, daß nach dem Verlauf der Verhandlungen zu schließen, der Bundescharakter des Reichs gesichert erscheint. Um nun dem Vertreter der württ. Regierung bei den Verhandlungen in Weimar eine Rückendeckung zu geben, wurde vorgeschlagen, einen entsprechenden Paragraphen in die Verfassungsurkunde aufzunehmen. Der Vorsitzende des Ausschusses sagte einen solchen allgemeinen Fraktionsantrag zu.

(-) **Stuttgart,** 14. Febr. (Ernennung.) Die evang. Kirchenregierung hat Staatsrat v. Mosthaf zum Vorstand des Disziplinargerichts für evang. Geistliche ernannt.

(-) **Stuttgart,** 13. Febr. (Lehrerbund.) In einer allgemeinen Lehrerversammlung wurde heute zu den Fragen einer Neuordnung des Bildungswesens und der Organisation der Lehrerschaft Stellung genommen. Der Andrang im Stadtgarten war so groß, daß im Sieglehaus eine zweite ebenso stark besuchte Versammlung veranstaltet werden mußte. Ministerialrat Dr. Reinöhl behandelte die Fragen der Neuordnung des Bildungswesens in Württemberg. Der zweite Referent Dr. Deuchler, Lehrer für Pädagogik in Tübingen, behandelte die Organisationen für die grundlegende Arbeit bei der Neugestaltung unseres Bildungswesens. Folgende Entschließung fand Annahme: Die württ. Lehrer- und Lehrerinnen-Vereine sind bereit, sich zu einem Lehrerbund zusammen zu schließen, der sich unbeschadet der Eigenart und möglichsten Selbständigkeit der Einzelvereine, eine besondere Organisation schafft. Der Lehrerbund vertritt der Regierung und der Oeffentlichkeit gegenüber die Interessen der Schule. Er erwartet, daß die Bildung eines Beirats auf dem Wege der Vereinbarung zwischen Schulverwaltung und Lehrerbund erfolgt. Der Lehrerbund

(-) **Stuttgart,** 14. Febr. (Brand in einer Bahnpostwagen.) Gestern vormittag geriet der Postwagen des Zugs 735 Stuttgart—Horb—Immendingen in Brand. Als der Zug die Bahnhofhalle bereits verlassen hatte, schlug plötzlich das Feuer zur Wagendecke hinauf. Einige Postsäcke, die in der Nähe des Ofens gelagert waren, hatten sich entzündet. So viel bis jetzt bekannt ist, beschränkt sich der Schaden auf die mit dem Zug beförderte Zeitungspost.

(-) **Stuttgart,** 14. Febr. (Zum Tode verurteilt.) Der Doppelmörder Ruck wurde gestern vom Schwurgericht wegen schweren Diebstahls zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und wegen Mords an dem Polizeidiener Bauer von Waldenbuch zum Tode und dauerndem Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Der Angeklagte nahm das Urteil ruhig entgegen.

(-) **Feuerbach,** 14. Febr. (Unglückseliger Schuß.) Ein junges Mädchen sah in einer hiesigen Wirtschaft einen Revolver liegen und nahm ihn an sich in der Absicht, sich zu töten. Ein anwesender Ingenieur wollte dem Mädchen die Waffe entwinden, wobei diese sich entlud. Das Mädchen sank tot zu Boden.

(-) **Ulm,** 14. Febr. (In den Ruhestand.) Die bürgerlichen Kollegien haben der Bitte des Oberbürgermeisters v. Wagner (eines geborenen Leonbergers) um Versetzung in den Ruhestand entsprochen und zugleich dem Stadtvorstand den Dank für sein unermüdliches Wirken in den 28 Jahren seiner Amtsführung ausgesprochen.

(-) **Ulm,** 14. Febr. (Vom Offiziersbund.) Unter dem Vorsitz von Oberst Flaischlen hielt die Ortsgruppe Ulm des württ. Offizierbundes eine auch von auswärtigen Vereinigungen stark besuchte Versammlung ab, in der nach einem Vortrag des Oberstleutnants Niethammer über den Erlaß des preuß. Kriegsministeriums zur Kommandogewalt usw. eine Entschließung angenommen wurde. Darin wird gesagt, die Versammlung erblicke in wesentlichen Punkten des Erlasses einen Fortschritt gegenüber den jetzt bestehenden Verhältnissen in Württemberg, es werde aber gegen die Offizier- und Unteroffizierstände kränkende, völlig zwecklose Beseitigung der bisherigen Abzeichen einschließlich der Kokarde Einspruch erhoben. Von der Nationalversammlung wird erwartet, daß sie bei der endgültigen Regelung auch Vertreter des Deutschen Offizierbunds höre. Gefordert wird dann Wiederherstellung der Kommandogewalt und Manneszucht im kommenden Volksheer in vollem Umfang, Ernennung der Offiziere durch die Regierung, der sie allein verantwortlich sind, Ausschließung jeder Wahl oder Absetzung von Führern durch Untergebene, Entfernung der Politik und der Soldatenräte aus dem Heer und Abgrenzung der Mitwirkung etwaiger Vertrauensleute bei der Sorge um das Wohl der Mannschaften, daß jeder Schmälerung der Kommandogewalt oder Lockerung der Manneszucht vorgebeugt wird.

(-) **Rottweil,** 14. Febr. (Betriebsumstellung.) Die Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken beabsichtigen, ihre während des Kriegs bedeutend erweiterten Betriebsanlagen größtenteils für eine anderweitige Erzeugung umzustellen, da die Pulvererzeugung für absehbare Zeit gering sein wird. Der außerordentlichen Generalversammlung am 7. März wird ein diesbezüglicher Vorschlag mit Aenderung der Firma vorgelegt werden.

(-) **Altoberndorf** OA. Oberndorf, 14. Febr. (Bissiger Hund.) Das 13jährige Töchterchen des Hauptlehrers Sauer hier wurde auf der Straße von einem großen Hund angefallen und fürchterlich zugerichtet. Das Kind schwebt in Lebensgefahr.

(-) **Tettnang,** 14. Febr. (Drei Früchtlein.) Neulich drangen abends drei Burschen in Uniform in das Haus des Abgeordneter Locher und wollten „nach Waffen und Heeresgerät fahnden". Sie kamen aber bei Frau Locher an die unrechte und verzogen sich unter allerhand Ausreden bald. Am andern Morgen wurden sie verhaftet. Nach dem „Amtsblatt" stellte sich heraus, daß sie während der Nacht im Argental Einbrüche verübt und einen Straßenraub begangen hatten. Zwei der hoffnungsvollen Jünglinge waren mit Revolvern, einer mit einem Beil bewaffnet. In den Wickelgamaschen hatten sie Taschenuhren und Uhrketten verborgen.

(-) **Ravensburg,** 14. Febr. (Internationales Gesindel.) Seit einiger Zeit trieb sich eine Diebesbande herum, die allerlei Diebstähle und Einbrüche verübte. Dem Oberlandjäger Häring von Baindt gelang es nun, das Nest auszuheben und die Diebe, Italiener, Russen und Schweizer festzunehmen.

Mutmaßliches Wetter.

Der Luftdruck nimmt zwar weiter ab, aber der Einfluß des Maximums ist noch nicht völlig gebrochen. Am Sonntag und Montag ist nur in den Mittagsstunden Tauwetter, sonst trockene, mäßige Kälte zu erwarten.

Evang. Gottesdienst. Sonntag, den 16. Februar
Vorm. ¾ 10 Uhr Predigt Stadtpfarrer Rösler.
Vorm. ¾ 11 Uhr Kindergottesdienst
nachm. 1 Uhr Christe lehre (Söhnen) Stadtvikar Rempp.
Abends 5 Uhr Bibelstunde Stadtvikar Rempp.

Kath. Gottesdienst. Sonntag den 16. Februar
10 Uhr Amt mit Kurzpredigt ¾ 2 Uhr Andacht.
Montag keine hl. Messe, an den übrigen Werktagen 7¾ Uhr hl. Messe.
Freitag Abend 6½ Uhr Betstunde
Beicht: Samstag von 4 Uhr an.
Kommunion Sonntag um 6½ Uhr, an den Werktagen bei der hl. Messe.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei in Wildbad. Verantwortl. [illegible] daselbst

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Bestellungen auf

1) Sauerkraut zum Preise von 26 Pfg. für 1 Pfund (1 Zentner zu 24 Mark)
2) Rote Rüben in Essig eingemacht und haltbar zum Preise von 45 Pfg. für 1 Pfund (1 Zentner zu 42 Mark.
3) Salzgurken zum Preise von Mk. 1.65 für 1 Pfund (1 Zentner zu 150 Mark)

werden auf dem Meldeamt entgegengenommen.

Wildbad, den 14. Februar 1919.

Stadtschultheißenamt Bäzner.

Seezungen

und

Kabeljau

sind eingetroffen

Adolf Blumenthal.

Die regelmäßigen

Kegelabende

beginnen nächsten Montag nachmittags 4 Uhr.
Kegelfreunde sind willkommen.

Hammerberghotel.

Freiwillige-Versteigerung.

Am Mittwoch 19. Februar 10 Uhr vorm.
werden verschiedene guterhaltene

Wohn- und Schlafzimmer-Einrichtungen

einzeln oder komplett an den Meistbietenden versteigert.

Villa Wilhelma.

Gasthaus z. Krone in Höfen

Sonntag, den 16. Februar nachm. 3 Uhr

Tanzunterhaltung

wozu höflichst einladet

Georg Mast.

Tanz-Unterhaltung

morgen Sonntag nachm. von 2 Uhr ab im Hotel Palmengarten

wozu höflichst einladet

B. Köhler.

Med. Drogerie

Grundners Nachf.
Gebr. Schmit.

Wir empfehlen
Artikel zur Krankenpflege

Bade- und Fieberthermometer
Inhalations Apparate
Irrigatore und einzelne Teile derselben
Damenbinden
Ohren- und Nasenspritzen aus Glas
Verbandsstoffe, Watten, Binden, Gaze
Billroth-Battist
Zahn- und Nagelbürsten
Frosibalsam, Hühneraugenmittel
Staub- Kämme
Eau de Cologne
Vaseline, Zink und Borcreme
Kalodermä, Kombella
Zahnpulver, Zahnpasta
Brillantine flüssig und fest
Kopfwaschpulver u. dgl.
Spezialität. Schwarzwälder-Fichtennadel-Creme Tube 1.—Mk.

Hypotheken-Darlehen

an pünktliche Zinszahler abzugeben.

Stahl & Federer Aktiengesellschaft
Filiale Wildbad.

Alle im Jahre **1896**

Geborene

werden zu einer Besprechung am Montag abend ½ 8 Uhr in das Gasthaus zum Hirsch freundlichst eingeladen.

Mehrere Kameraden.

Mittleres oder kleineres Geschäft

irgend welcher Art, bei Ladengeschäften nur feinerer Artikel, gegen gute Anzahlung

zu kaufen gesucht.

Angeb. an den Selbstkäufer **F. von Ouen** in Solln bei München.

Harmonium

liefere **preiswert** sowie auch mit Spielapparat, mit dem jeder sofort ohne Noten stimmig spielen kann

E. Roggenbauch,
Obertürkheim.

Hotel zur Krone
Wildbad.

Heute **Samstag abend 8 Uhr**

Singstunde

bei Mitglied Huß zum Jägerstüble.

Stimmbegabte Sänger sind freundlichst eingeladen.

Der Vorstand.

Mädchen

das seither immer in Stellung war, sucht Stelle in Geschäfts oder Privathaus.

Angebote sind zu richten unter M. F. Nr. 231 an die Exped. ds. Blattes.

Mädchen 17 Jahre sucht Stelle als

Officemädchen

in Pension oder Hotel.
Angebote sind zu richten an die Exped. ds. Blattes. [231

Jaßbahnen

einfach und verschließbar empfiehlt

B. Treiber.

Turn-Verein Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr

Singstunde

im Hotel Maisch.

Der Vorstand.

Dr. Hötzes

Krampfhusten - Tropfen

sind vorrätig in allen Apotheken

Kalidauton

feinstes verbessertes Doppelkohlensaures Natron), zum vielseitigen praktischen Gebrauch für das Militär, beste Hilfe beim Backen, Kochen und Einmachen ist zu haben bei

Carl Wilh. Pott.

Einen

Firmenschild

hat zu verkaufen

Wilh. Schlüter.

Par-fümerie- und Toilette-Artikel

Mundwasser
Balf. Mundwasser 3.50
Lohses Mundwasser
Pergenol-Mundwasser-Tablet.
Kosmodont usw.

Zahnpasten
Kali, Klora, Chlorodont, Pebeco usw.

Parfüme
Dralle's III 5.50 u. 4.50
Rosa Centifolia
Rokoko-Veilchen
Fascinata, Akazina
Veilchenduft 2.50
Niama 30.—
Elata 30.— usw.

Haarwässer
Dralle's Birkenwasser
Birkenwasser
Kräuterwasser
Kamillenextrakt
Bay rum Ia.
(alles noch spiritushaltig)

Haaröle
Klettenwurzelöl 1.80—1.20
Blumenöl

Brillantine
in fester Form u. flüssig

Haut- u. Gesichtspflegemittel
Lohses Lilienmilch 2.50
Gurkenmilch
Kombella-Mandelkleie
Kaloderma—.25,—.50
—.75 bis 1.75
Fußstreupulver

Cremes
Nivea, Kombella, Oja
Krasotan, Alpenblüten,
Leo Mouson, Uralla usw.

Brennlampen
gut vernickelt.

Nagelpflegemittel
Stein der Weisen 2.—
Nagelplättchen 1.50
Nagelcreme 2.50—1.50
Nagelwasser
Oja-Nagellack 7.50
Nagelpolideure
Nagelpflege-Garnituren
90.— bis 4.50

Haarbürsten
25.— bis 1.75

Kleiderbürsten
12.— bis 2.20

Puder (Gesicht)
jede Farbe, feste Form und lose,
auch hübsche Luxuspackung

K.-A.-Seife
und -Pulver

Haarentfettungspuder
2.50 bis 1.50

Frisierkämme
3.—bis 1.20

Zahnbürsten
2.20 bis 0.80

Handbürsten
5.— bis 2.50

Rasierapparate
20.— bis 15.—
Ersatzklingen
Dutzend bis 6.—

Schirme
55.— bis 24.—

Berg- und Spazierstöcke
6.— bis 2.20

Sport- und Luxus-Waren

Kölnisches Wasser

Stoff-Hosenträger
6.— bis 2.50

Haubennetze
Stück 1.50 und 2 Mk.

Stirnnetze
extra groß Stück 2.50 Mk.

Termosflaschen
mit Gummiisolierung
17.— bis 8.50
mit und ohne Tragriemen

Wickelgamaschen
12.50— bis 7.50
auch reine Wolle

Elektrische Taschenlampen
9.50 bis 2.—
Batterien 1.80

Photo-Apparate
Ernemann-Contessa
190.— bis 14.20
Photogr. Bedarfsartikel und Chemikalien
Entwickeln u. Copieren

Cigarren und Cigaretten
in nur guter Qualität

Portemonnaies
nur echt Leder

Rodelschlitten

Schneeschuhe
prima Hölzer
Mk. 40 — 55 — 57

Skistöcke
Tragriemen
Wachse u. s. w.

Schneeschuh u. Rodelschlitten Verleih-Anstalt

kauft man

bei

Chr. Schmid & Sohn

Parfümerie- Sport- und Photogeschäft

mit

Damenfriseur-Spezialgeschäft.

König-Karlstraße 68 u. 71

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw